Abend-Ausgabe. Nr. 290 — Mittwoch, 23. Juni 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 47,00 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei Nebenmahlwöchentl. Verlad. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 6; Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Londoner Sympathien für die Bolschewisten

Die Schuld am Scheitern der Viermächtebesprechungen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Juni.

Die Frage nach den Gründen für die Ablehnung der deutschen Forderungen durch England bei den Beratungen der vier Kontrollmächte wird in politischen Londoner Kreisen vielfach dahin beantwortet, daß die englische Regierung geglaubt habe, auf die bekannten in Frankreich bestehenden Sympathien für die Valenciabolschewisten Rücksicht nehmen zu müssen. Dem wäre allerdings hinzuzufügen, daß auch die englische Regierung selbst diesen Sympathien für die Valenciabolschewisten schon mehrfach mehr oder minder offen Ausdruck verliehen hat.

Es sei in diesem Zusammenhang nur erinnert an den Schutz, den die englische Flotte den englischen Blockadebrechern vor Bilbao zuteil werden ließ, d. h. jenen Schiffen, die die Bolschewisten mit Lebensmitteln und Waffen versorgten. Hier und da wird in London auch angedeutet, daß für die Haltung der englischen Regierung innerpolitische Gründe, nämlich die Rücksichtnahme auf die englische Linke, maßgebend gewesen sein könnten. Daß die Linke sich immer offen auf die Seite der spanischen Bolschewisten gestellt hat, ist bekannt. Welches aber immer die tatsächlichen Gründe für die Haltung des a[illegible]chen Englands sein mögen, so stehen wir heute jedenfalls vo[illegible] der Tatsache, daß Eden durch die Weigerung, gegen die den europäischen Frieden bedrohenden spanischen Bolschewisten vorzugehen, die Vereinbarungen zunichte gemacht hat, um die er sich selbst noch unlängst bemühte.

Unverschämtheiten der englischen Linkspresse

London, 23. Juni.

Das Scheitern der Viermächteverhandlungen über den Angriff auf den deutschen Kreuzer „Leipzig" ist der Gegenstand längerer Kommentare in den englischen Morgenblättern. Die Zeitungen unterstützen das Verhalten des englischen Außenministers, eine gemeinsame Flottendemonstration ohne vorherige „genaue" Untersuchung abzulehnen. Die führenden Blätter behandeln alle Nachrichten mit einer gewissen Zurückhaltung und bringen deutlich den Wunsch zum Ausdruck, daß das Scheitern der gestrigen Verhandlungen nicht zu einem endgültigen Bruch zwischen den vier Kontrollmächten oder zu einer Störung der Nichteinmischung führen werde. Es gibt aber auch eine deutliche Tendenz, die deutschen Forderungen als übertrieben zu bezeichnen. Diese Tendenz wird, wie nicht anders zu erwarten, von der liberalen und marxistischen Presse, die sich in haltlosen Beschuldigungen gegen Deutschland ergeht und sogar die Aufhebung der Nichteinmischung zugunsten Valencias fordert, auf die Spitze getrieben.

*

Man kann das Verhalten der englischen Linkspresse nur als unverschämt bezeichnen. Deutschland hat die größten Opfer für die Kontrolle gebracht und gerade in der durch die Angriffe auf die „Leipzig" entstandenen Lage ein so weitgehendes Entgegenkommen bewiesen, daß man wohl hätte erwarten dürfen, daß die „Konsultation" nun auch funktionierte. Unter englischer Führung hat aber die Solidarität versagt. Bei der englischen Linkspresse versagt außerdem das Gefühl für Anstand und für Wahrheitsliebe. Wir weisen ihre trüben Machenschaften mit aller Entschiedenheit zurück.

*

Das englische Kabinett wird heute seine übliche Mittwochsitzung abhalten. Es ist selbstverständlich, daß diesmal die gescheiterte Konsultation und die Spanienfrage im allgemeinen den größten Raum in den Beratungen der Minister einnehmen werden.

Blums gefährliche Erbschaft

Nachdem das Experiment Blum gescheitert ist, ergeben sich für die neue Regierung Chautemps zwei Möglichkeiten. Sie kann entweder den bisherigen Volksfrontkurs fortsetzen oder eine Schwenkung nach rechts vornehmen. Die Zusammensetzung der Ministerliste läßt darauf schließen, daß der radikalsozialistische Nachfolger Leon Blums die Absicht hat, den erstgenannten Weg zu gehen, das heißt also, den alten Kurs mit gewissen wirtschaftspolitischen Abschwächungen weiterzusteuern. Die Sozialdemokraten hätten sich an der neuen Regierung nicht beteiligt, wenn Chautemps ihnen das Versprechen verweigert hätte, an den Grundsätzen der Volksfrontpolitik auch künftig festzuhalten.

Es sieht auf den ersten Blick so aus, als ob die Regierung Chautemps eine Fortsetzung der Regierung Blum sei, daß sich an der politischen Konstellation also nicht viel geändert hätte. Dieser Schluß muß jedoch bei genauerem Zusehen voreilig und gefährlich erscheinen. Die Umstände des Rücktritts von Leon Blum, das erstaunlich schnelle Ergreifen der ersten besten Gelegenheit, aus der Verantwortung entlassen zu werden, stimmt nachdenklich. Die Radikalsozialisten sollen jetzt die Suppe auslöffeln, die von den Sozialdemokraten mit ihrer völlig unzureichend fundierten Sozialgesetzgebung eingebrockt worden ist. Zwar hat die Sozialdemokratische Partei eine Reihe von Ministern in das neue Kabinett entsandt, doch muß man sich fragen, ob das nicht lediglich ein Ueberbrückungskredit und ein Zugeständnis der Partei an Leon Blum war, der sein gescheitertes Experiment möglichst „parlamentarisch" liquidieren wollte.

Es ist nämlich nicht einzusehen, wie es der Regierung Chautemps jetzt gelingen soll, ein im wesentlichen unverändertes Programm der Regierung Blum zum guten Ende zu bringen. Der Widerstand der Rechten, des Senats und des Kapitals wird andauern, wenn nicht eine radikale Umkehr auf wirtschaftspolitischem Gebiet erfolgt. Die Dinge dürften sich deshalb kurz über lang doch wieder zuspitzen. Dann aber wird die Krise weit schwerer sein, als es der gegenwärtige Kabinettswechsel war, der ein taktisches Meisterstück des abgetretenen Ministerpräsidenten darstellt.

Und hier liegt die eigentliche Bedeutung des Rücktritts von Léon Blum: Wie werden die Massen der Arbeiterschaft auf die nächste Regierungskrise reagieren, wie wird sich das einjährige Experiment mit seinen nur zum Teil eingelösten sozialpolitischen Versprechungen dann auswirken, was werden die immer radikaler gewordenen Gewerkschaften tun, deren kommunistische Führung sich schon heute als das Ministerium der Massen bezeichnet? Muß die Entwicklung nicht folgerichtig zu einer klassenkämpferischen Auseinandersetzung treiben, bei der die Kommunisten den Sozialdemokraten das Heft sehr bald aus der Hand winden dürften?

Das alles sind Fragen, die man sich vorlegen muß, wenn man die französische Innenpolitik im gegenwärtigen Augenblick betrachtet. Diese Fragen bleiben nicht auf Frankreich beschränkt, denn in letzter Zeit haben innerpolitische und wirtschaftspolitische Entwicklungen einen immer stärkeren Einfluß auf die Außenpolitik und damit auf die Weltpolitik genommen. Der deutsche Beobachter wird deshalb gut tun, sich ein klares Bild über die Hintergründe des Regierungswechsels in Frankreich zu verschaffen. Blums gefährliche Erbschaft, die das neue Kabinett jetzt angetreten hat, ist nicht nur ein Problem für Frankreich, sondern ein europäisches von sehr weittragender Bedeutung.

Herbe italienische Kritik an England

Rom, 23. Juni.

Das Scheitern der Londoner Viererbesprechung wird von der römischen Presse lebhaft besprochen. Die Schuld tragen, wie man übereinstimmend betont, Frankreich und England, die sich weigerten, gegen die Piraten von Valencia einzuschreiten und die nötigen Maßnahmen gegen die neue schwere bolschewistische Provokation zu treffen, die in den wiederholten Anschlägen auf die „Leipzig" liege. Unter ausführlicher Wiedergabe deutscher Pressestimmen heben die italienischen Blätter die übereinstimmende Haltung Deutschlands und Italiens in London hervor und warten nach der Zurückerlangung der Handlungsfreiheit durch Deutschland vorbehaltlos die weiteren Maßnahmen der Reichsregierung ab. Die von Deutschland in London vorgelegten Unterlagen über die Anschläge gegen die „Leipzig" werden unter Abweisung des französischen und englischen Standpunktes allgemein als unanfechtbar bezeichnet. Dabei betont der Pariser Vertreter des „Popolo di Roma" nicht nur die Schwierigkeiten einer nachträglichen Untersuchung der Zwischenfälle und der Feststellung des Verbleibs der spanisch-bolschewistischen U-Boote, sondern nimmt zugleich auch den Standpunkt ein, daß unter den vorliegenden Umständen das Wort der deutschen Marineoffiziere genügen müßte und keinerlei Untersuchung bei den Hafenbehörden erforderlich sei. Eine solche Untersuchung, und das könnte man im voraus mit Sicherheit wissen, würde nichts ergeben. Gerade deshalb aber sei sie als Ausflucht, um nicht eingreifen zu müssen, geplant worden. Auch ist der Korrespondent der Ansicht, daß der jetzige Zeitpunkt für den englischen Antrag auf sofortige Zurückziehung der Freiwilligen nicht gerade besonders glücklich gewählt sei. Man müsse sich fragen, ob die Franzosen und die Sowjetrussen nach dem Fall von Bilbao nicht plötzlich deshalb so große Eile hätten, die Freiwilligen zurückziehen zu lassen, damit die nationalen Streitkräfte, die im Begriff seien, die ganze baskische Industriezone zu besetzen, empfindlich geschwächt würden.

Auch die oberitalienische Presse verurteilt scharf die Verständnislosigkeit und Ungerechtigkeit, die aus dem Verhalten Englands und Frankreichs sprechen! „Corriere della Sera" erklärt, die Haltung der englischen und französischen Vertreter im Nichteinmischungsausschuß rechtfertigt völlig die Haltung des Führers. „Popolo d'Italia" führt aus, es sei schmerzlich, festzustellen, daß jenes Mindestmaß von Solidarität, die notwendigerweise unter den interessierten Mächten bestehen müßte, wieder einmal fehle.

Konfessionen-Kabinett in Holland

Den Haag, 23. Juni.

Nach mehrwöchigen Verhandlungen hat der nach den Wahlen zurückgetretene Ministerpräsident Dr. Colijn die neue holländische Regierung gebildet. Es handelt sich um ein Kabinett der drei konfessionellen Parteien Hollands.

Dr. Colijn (Antirevolutionär) übernimmt außer dem Vorsitz im Ministerrat auch das neugeschaffene Ministerium für allgemeine Angelegenheiten und vorläufig auch das Außenministerium. Das Innenministerium übernimmt van Boeijen (Christlich-Historisch), bisher Vorsitzender des holländischen Radiorates; Finanzministerium: de Wilde (Antirevolutionär), bisher Innenminister; Wasserwege und Verkehr: Dr. van Buuren (nicht parteimäßig gebunden), bisher Chef des Verkehrsdepartements für Niederländisch-Indien; Sozialministerium: Professor Romme (Römisch-katholische Staatspartei); Wirtschaftsministerium: Steenberghe (Römisch-katholische Staatspartei); Verteidigungsministerium: van Dijk (Antirevolutionär); Unterrichtsministerium: (wie bisher) Sloetemaker de Bruine (Christlich-historisch); Justizministerium: Dr. Goseling (Römisch-katholische Staatspartei); Kolonialministerium: Dr. Welter (Römisch-katholische Staatspartei), 1925 bis 1926 Kolonialminister.

Wie aus der Zusammensetzung dieser Regierung hervorgeht, hat Dr. Colijn seinen ursprünglichen Plan, eine Regierung unter Hinzuziehung der Liberalen und Demokraten zu bilden, fallen gelassen und dem Wunsch der Römisch-katholischen Staatspartei, die eine sogenannte konfessionelle Rechtsregierung verlangte, nachgegeben.

Tokio bahnt Verhandlungen mit England an

Tokio, 23. Juni.

Der japanische Botschafter in London, Joshida, ist von Außenminister Hirota beauftragt worden, offiziell mit dem britischen Außenminister Eden über die Möglichkeit der Anbahnung formeller Verhandlungen zur Klärung der englisch-japanischen Beziehungen zu sprechen. Bei früheren Verhandlungen wurden Fragen des Ausgleiches der Handelsinteressen zwischen Japan und den britischen Dominions und Kolonien berührt. Im weiteren Verlauf der Fühlungnahme soll jetzt auch die Frage der englisch-japanischen China-Interessen erörtert werden.

Kehraus an der Biskayafront

Milizen laufen über – Mehr als 4000 Mann ergaben sich am Dienstag

Salamanka, 23. Juni.

Wie der nationale Heeresbericht am Dienstag von der Front von Biskaya meldet, geht der Vormarsch der nationalen Truppen ohne große Schwierigkeiten weiter. Sie haben die Orte Lejareto, Casa de Aldarelete, Baracaldo, Cestao, Portugalete, La Escontrilla und Ortuella besetzt. In Barcelona haben sich zwei Bataillone bolschewistischer Miliz und im Gebiet zwischen Portugalete und Ortuella zwei weitere Bataillone ergeben. In den übrigen Frontabschnitten haben sich 1200 Milizangehörige ergeben, so daß am Dienstag insgesamt über 4000 Mann mit Offizieren, Waffen und Kriegsmaterial zu den Nationalen übergegangen sind. Ueber vierzehn Millionen Patronen wurden in diesen Tagen dem Gegner abgenommen. Eine Munitionswerkstätte, die für die Bolschewisten arbeitete, wurde von nationalen Truppen besetzt. Sie führt die Arbeit für die Nationalarmee fort.

Front von Leon: In der vergangenen Nacht hat der Feind die am Montag eroberten Stellungen angegriffen. Er wurde zurückgeschlagen, und die Frontlinie wurde durch die Besetzung von Collado de Lillo verbessert.

Front von Soria, Avila und Madrid: Nichts Neues.

Ein guter Fang

San Sebastian, 23. Juni

Am Montag um 21,30 Uhr ist zwischen San Sebastian und Bilbao, am Strande des Badeortes Zarauz, ein französisches zweimotoriges Flugzeug der Linie Toulouse—Santander infolge einer Motorpanne notgelandet. Der Flugzeugführer ist Spanier. An Bord des Flugzeuges befanden sich u. a. ein sogenannter „Minister der [illegible]schen Regierung" namens Espinosa und ein Sowjetruss., die sofort gefangengenommen wurden. Man beschlagnahmte auch interessante Schriftstücke, die Espinosa mit sich führte. Espinosa war auf dem Wege nach Santander.